

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Colporture zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mk. 3.10,
pro Woche 25 Pf.
Verkaufsstelle Nr. 7108.

Volkswacht

Insertionsgebühr
Beträgt für die fünfgespaltene
Zeile oder deren Raum
20 Pfennige, für Vereins- und
Veranstaltungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 50.

Dreslau, Mittwoch den 27. Februar 1895.

VI. Jahrgang.

Arbeitslos!

Der harte Winter hat das Massenelend bedeutend gesteigert. Die Arbeitslosigkeit war vorher schon groß; der Frost und der unaufhörliche Schneefall haben auch vielen Tausenden von Menschen die Beschäftigung geraubt. Wie mancher Familienvater muß gezwungen die fleißigen Hände ruhen lassen und weiß nicht, wie er seine über Kälte und Hunger jammern- den Kinder beruhigen soll. Die herrschenden Klassen sehen diesem Elend mit einer an Barbarei grenzenden Gleichgültigkeit zu. Wir halten gewiß nicht viel von der sogenannten Wohlthätigkeit, welche nur ein Tropfen auf einen heißen Stein ist und hinter der sich oft nur Eitelkeit oder demagogische Zwecke verbergen. Wenn z. B. auf dem Lande der Hagel einen Schaden anrichtet, so finden sich gleich einige Junker, die eine Sammlung anregen und dann mit den Gaben anderer Leute als „Wohlthäter“ zu den Bauern gehen. Wir gönnen den Bauern eine solche Unterstützung gewiß von ganzem Herzen. Aber es ist bezeichnend, daß man bei den Bauern eine Schädigung durch die Elemente als ein besonderes Unglück hinstellt, während man über das außerordentliche Elend der Arbeiter zur Tagesordnung übergeht mit der weisen Erwägung, daß es eine Wirkung der „ewigen Weltordnung“ sei.

Indessen kann alle Bauernjüngerei nicht verhindern, daß jedem denkenden Menschen klar wird, wie unwürdig unsere heutigen sozialen Zustände sind, unter denen für die Arbeitslosen so wenig geschieht und auch so wenig geschehen kann. Alle Betteluppen können die eine schreckliche Thatsache nicht vermindern, daß in der bürgerlichen Gesellschaft der Arbeitslose nicht nur in den meisten Fällen vollkommen hilflos dasteht, sondern von einer rohen Presse geradezu zum Verbrecher und zum „Vagabunden“ gestempelt wird. Läßt er sich in der Noth bekommen, zu betteln, dann läuft er Gefahr, auf den Schub gebracht und bestraft zu werden, so daß lebenslanglich ein Makel auf ihm haftet.

Was Alles im neunzehnten Jahrhundert noch geschehen kann mitten im gesitteten Europa mit seinen Palästen, Kirchen, Verkehrsmitteln und seinen Culturfortschritten, das beweist ein unlängst aus der Gegend von Halle berichteter Vorfall: Dort irrte eine arme Frau mit zwei Kindern ohne Unterkunft von Ort zu Ort; man gewährte ihr nirgends ein Obdach und die Armen wurden ohne Mitleid in Nacht und Frost hin-

aus gestoßen, so daß man sie des Morgens erfroren auffand. Bei den Wilden wäre Derartiges nicht vorgekommen; dort hätte sich für die armen Opfer unserer „Civilisation“ sicherlich eine Stätte gefunden, wo sie hätten ihr Haupt niederlegen können.

Mit Ausnahme einiger Gemeindevormaltungen, die sich bemühen, Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, geschieht bei uns in Deutschland sehr wenig, genau so wie andernwärts, zur Linderung des schrecklichen Elends, das die Arbeitslosigkeit mit sich bringt. Man hat keine Mittel für solche Zwecke. Wenn man sich nicht von den gleichnerischen Redensarten blenden läßt, mit denen die „Wohlthäter“ in den Zeitungen gefeiert werden, sieht man die Unzulänglichkeit dessen, was auf diesem Gebiete geleistet wird, sehr bald ein.

In Antwerpen haben die Eismassen auf der Schelde eine fast gänzliche Störung des Schiffsverkehrs bewirkt. Etwa 30.000 Arbeiter sind brotlos geworden und es werden noch andere Tausende dazu kommen, wenn die Witterung nicht günstiger wird. Eine Sammlung für die Arbeitslosen ergab etwa 18.000 Francs, womit die bürgerliche Wohlthätigkeit von Antwerpen so ziemlich erschöpft ist.

In der Schweiz hat man wohlgemeinte Versuche gemacht, der Arbeitslosigkeit mit Arbeitsnachweis und Versicherung zu begegnen. Aber es zeigt sich dabei nur, wie schwer innerhalb der capitalistischen Production, die ihre „Reservearmee“ von brotlosen Arbeiter braucht, sich dem Uebel auch nur einigermaßen steuern läßt. Es gibt viele Leute, die es mit den Arbeitern gut meinen, die aber immer noch von dem Wahn befangen sind, mit einem wohlorganisirten Arbeitsnachweis ließe sich die Arbeitslosigkeit aus der Welt schaffen. Diese Däumler begreifen immer noch nicht, wie sehr die durch die Technik der Neuzeit bewirkte Ersparniß an Arbeitskräften einerseits und das Sinken der Lebenshaltung in den Massen andererseits die Arbeitsgelegenheit vermindern. Der beste Arbeitsnachweis hilft nichts, wenn keine Arbeitsgelegenheit da ist — diesen so einfachen Satz sollte man gewissen bürgerlichen Socialpolitikern so lange einpauken, bis er sie im Traum verfolgt. In Zürich hat der öffentliche Arbeitsnachweis nur fünf Personen Arbeit verschaffen können. Das sagt Alles.

In einigen industriellen Cantonen der Schweiz wurden für die Arbeitslosen Summen ausgeworfen; so in Zürich 5000, in Basel 8000 Francs. Aber

diese Mittel reichen kaum aus, den Arbeitslosen eine Suppe zu spenden. Interessant war, wie der „Frankfurter Zeitung“ berichtet wird, der Versuch mit der freiwilligen Versicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit. Die Kasse zahlte in zwei Monaten 6895 Francs aus. Aber auch mit dieser Einrichtung kann der Arbeitslosigkeit mit ihrem Elend nicht wirksam gesteuert werden; wie mit allen freiwilligen Organisationen geht es auch hier; die Sache bleibt Stückwerk.

Man sieht leicht, daß hier eine Frage aufgeworfen ist, die in der capitalistischen Gesellschaft gar nicht gelöst werden kann; man kann, wenn man den guten Willen hat, nur die Wirkungen der Arbeitslosigkeit mildern; aber auch an diesem guten Willen fehlt es fast überall. Wenn man sich von der Existenz der sogenannten industriellen Reservearmee überzeugt hat, dann weiß man auch, daß es Tausende und Aber-tausende giebt, welche die Beiträge für die Versicherung nicht leisten können, und die Capitalisten werden sich niemals dazu verstehen, diese Beiträge auf sich zu nehmen. Sie jammern ja schon ohnehin über die Lasten, die ihnen die Socialgesetzgebung auferlegt, und behaupten, sie würden durch dieselben gegenüber dem Ausland concurrenzunfähig gemacht. Wir nehmen diesen Jammer nicht tragisch, aber Andere thun es oder stellen sich so, als glaubten sie an die Noth unserer Großindustriellen, die durch Bismarck's „Socialreform“ verschuldet sein soll.

Die zunehmende Arbeitslosigkeit bedeutet die Zuspitzung des großen Conflictes zwischen Capital und Arbeit. Denn je größer die Arbeitslosigkeit, desto unsicherer die ganze Grundlage, auf welcher das capitalistische Gebäude errichtet ist. Der sinkende Consum erschüttert die Geschäftswelt, so daß sie, wie wir jeder Zeit mit eigenen Augen sehen können, aus einer Krisis in die andere fällt. Indem sich die Concurrenz unter den einzelnen Capitalisten so bis zum Widersinn verschärft, nähern wir uns mit außerordentlicher Schnelligkeit der Periode der Monopole, welche, ob nun staatlich oder nicht, die Brücke zum Socialismus bedeuten.

Dies ist der Gang der Dinge, welchen unsere hochwohlweisen Staatsmänner nunmehr mit einer „Umsturzvorlage“ aufzuhalten bemüht sind.

Die Menschen werden noch viel Elend durchzumachen haben, aber wir rücken dem ersehnten Ziele näher. Das ist ein Trost in dieser schweren Zeit.

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

30) (Nachdruck verboten.)

Frau Savenay erschien um zehn Jahre gealtert. Ihr Haar war weiß, die Wangen waren mager und bleich geworden. Sie fühlte sich schwach und sank fast ganz in sich zusammen. Sie glich einem kranken Vögeln, das sich in seinem Käfig ganz zusammen-duckt. Die Gemüthsbewegungen, die sie im Laufe der Zeit erschütterten, hatten sie auf's äußerste nervös gemacht. Jedes unerwartete Geräusch, wie das Klingeln, das Pfeifen der Eisenbahn, das Zuschlagen einer Thür ließen sie jetzt lange heftig erzittern. Der geringste Stoß gegen ihren Stuhl machte sich ihrem Körper sofort auf's schmerzlichste fühlbar.

In ihren traurigen Augen las man die Angst des armen Wesens, dem seine Gebrechlichkeit bei dem ersten heftigen Stoß, den es empfangen, zum Bewußtsein gekommen ist.

Auch bei Germaine war die Zeit längst vorbei, wo man sie Fräulein Kolibri nannte. Es war ihr, als läge diese Zeit weit, weit, wie in Nebel gehüllt, hinter ihr. Armer Kolibri ohne Farbenschmelz, ohne Froh-sinn, ohne Schwingen! Sie flatterte nicht mehr bald hier, bald dort hin, wie das wechselnde Verlangen sie trieb. Ganze Stunden lag sie ausgestreckt auf einer Chaiselongue, stumm vor sich hin brütend, die Augen

starr auf etwas Unsichtbares gerichtet. Zuweilen wurde sie dann plötzlich wieder lebhaft, es war, als würde sie von einem Fieber erfaßt, aber bald sank sie wieder in ihre Träumerei zurück, und ihre Arbeiten, die nur ihre Hände beschäftigten, ließen ihrem Geist noch Ruhe genug, in eine unbekante Welt hinüber zu schweifen, in die kein indiscreter Blick dringen konnte. Nicht ein einziges Mal seit dem Besuch des alten Dusaule hatte sie den Namen Henri's ausgesprochen. Nicht ein einziges Mal hatte sie geduldet, daß man in ihrer Gegenwart von ihm sprach. Aber was sollte sie thun, um nicht an den denken zu müssen, dem sie sich einst vermählen sollte? In jedem Augenblick erinnerte sie sich eines zärtlichen Wortes, irgend einer Beheuerung seiner Leidenschaft oder irgend einer zarten Aufmerksamkeits des jungen Mannes. War es denn möglich, daß dies alles nichts als Lüge gewesen sein konnte? Und doch hatte Henri seitdem kein Lebenszeichen an sie gelangen lassen. Aber es war ja dennoch möglich, daß der plötzliche Bruch ohne ein Wort von seiner Seite ihn gereute. Wie, wenn der Abwesende noch ihrer gedächte! Wenn er fern von ihr in der Provinz daran arbeitete, seinen Vater umzustimmen! Wie eine Pflanze, die der Winter der Blätter und des Saftes beraubt, ohne sie tödten zu können, so zog mit dem ernstesten sanften Frühlingshauch leise Hoffnung in Germaine's Herz. Sie verbarg ihre Gedanken sorgfältig vor aller Welt, ja sie hätte sie am liebsten vor sich selbst verbergen mögen. Zuweilen jedoch, wenn sie dem Zug der kleinen Wölflin folgte, die wie große weiße Vögel

am Himmel dahingleiten, wenn sie sich den Luxus einer Ausgabe von zwei Sous für ein Veilchensträußchen gestattet hatte, das ihr den Frühling auch ins Zimmer zaubern sollte, dann wurde sie von ängstlichen, schweren Träumen gequält, die fast zu Hallucinationen (Wahngelbilden) wurden. Dann wartete und wartete sie, als müßte Jemand kommen, den sie nicht zu nennen wagte. Er tritt ein, wirft sich ihr zu Füßen, erklärt ihr sein Schweigen und sie verzeiht ihm, sie ist glücklich. Da geht die Thür, ätternnd blickt sie nach dem Eintretenden, ach! es ist nur Norine. Dann empfindet sie plötzlich das Verlangen, aufzustehen, weit fort zu gehen, ihren Schmerz durch irgend etwas zu betäuben. Sie spricht hastiger als sonst, küßt Frau Savenay in nervöser Erregung, sie macht endlose Spaziergänge mit ihr.

Als sie eines Nachmittags so mit ihr im Bois, wo die Bäume und Sträucher im ersten Frühlingsgrün wie mit einem duftig zarten Puder bestreut aussehen, spazieren geht, hört sie plötzlich eine wohlbekannte Stimme hinter sich. Mit einer heftigen, unüberlegten Bewegung dreht sie sich um und da sieht sie — das Bild ihrer Träume Henri zu Pferde, von zwei jungen Herren begleitet.

Er hat die beiden Frauen erkannt, er lüftet den Hut leicht, grüßt mit gleichgültiger Miene, reitet dann langsam und gelassen vorüber und lange noch hört sie seine tiefe ruhige Stimme.

Germaine, die ganz blaß geworden ist, kammert

Politische Rundschau

Die Herren Agrarier sind nicht sehr erfreut über eine Rede, welche der Kaiser bei einem Festessen des brandenburgischen Provinziallandtages, einer Vereinigung des märkischen Großgrundbesitzes, gehalten hat und in welcher er u. A. sagt: „Die Fragen, welche im Augenblick die Gemüther bewegen, betreffen vorwiegend den Bauernstand. Wie dieselben angefaßt werden sollen, ist Ihnen zur Genüge aus meinen letzten Auslassungen bekannt. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß es mir gelingen wird, dauernd nützlich für Sie zu schaffen, und mit ganzer Kraft will ich dafür eintreten. Ich möchte aber dringend davor warnen, überspannte Hoffnungen zu hegen oder gar die Verwirklichung von Utopien zu verlangen. Kein Stand kann beanspruchen, auf Kosten des anderen besonders bevorzugt zu werden. Des Landesherren Aufgabe ist es, die Interessen aller Stände gegeneinander abzuwägen und miteinander zu vermitteln, damit das allgemeine Interesse des großen Vaterlandes dabei gewahrt bleibe.“ Diese laienhaften Äußerungen werden in den Kreisen der Junker vielfach aufgefaßt als eine Warnung, den Antrag Kanitz nicht mehr weiter zu verfolgen. Die „Kreuzzeitung“ erklärt denn auch unumwunden, daß diese Rede bei den deutschen Landwirthen keinen freudigen Wiederhall finden könne und legt sehr kategorisch hinzu: „Nachdem der Reichstag jetzt fast drei Monate versammelt ist, ohne daß demselben trotz vielfacher Zusicherungen auch nur ein einziger Gesetzesentwurf vorgelegt worden, der auf Bänderung des landwirtschaftlichen Notstandes hinzielt, ist man in den Kreisen der Landwirthe für Versprechungen nicht mehr empfänglich: man will endlich Tugaten sehen. Die conservative Fraction hat bisher reichlich Zurückhaltung geübt und kann das, wenn nöthig, noch eine Zeit lang thun. Sie ist aber nicht gesonnen, von ihrer noch ererbten Ueberzeugung über die Maßregeln, die zum Heile der deutschen Landwirtschaft und damit des gesammten deutschen Vaterlandes unerlässlich sind, auch nur einen Schritt zurückzuweichen.“

Das klingt schon wieder ganz anders, wie das Triumphgeschrei in der letzten Woche, mehr wie eine directe Aufforderung „zum erneuten Kampf mit allen Mächten.“ Ob sich nicht wieder ein kleiner Conflict zwischen Krone und „allergetreue Landwirtschaft“ herausbilden? „Das Kanitz kein Räuber“ — und am Ende drohen die „patriotischen“ Herren wieder damit zu den Socialdemokraten überzugehen? Wir würden auf diese Reanimation allerdings gern verzichten.

Zur Tabaksteuervorlage schreibt die „Wend. Volkszig.“ Anfangs: „Die Tabaksteuervorlage muß nach wie vor als ausnehmendes Beispiel (?) Es ist allerdings richtig — und wir bedauern dies sehr —, daß ein kleiner Theil (?) des Centrums unter Führung des Abg. Dr. Schäfer im Interesse der einzelstaatlichen (speciell bayerischen) Finanzen der Vorlage freundlich gegenübertritt. Die Gruppe wird aber nur auf etwa 20 Mitglieder veranschlagt, und es gehören nicht einmal alle Bayern zu ihr. In parlamentarischen Kreisen wurde folgende Rechnung auf Grund privater Erkundigungen und der Verhandlungen im Plenum auf-

gestellt: Gegen die Vorlage werden stimmen: 14 — 19 Conservative, 15 Antifemiten, circa 80 vom Centrum, 19 Polen, circa 16 Nationalliberale, 48 Freisinnige und Volksparteiler, 46 Socialdemokraten, ? Wilde. — Zusammen 232 — 237, also 33 bis 38 über die absolute Mehrh. it.“ — Diese Rechnung hat allerdings ein Loch. Zunächst werden höchst wahrscheinlich die 19 Polen für die Tabaksteuer stimmen, während höchstens 10 Conservative gegen dieselbe stimmen werden. Das würde die Mehrheit gegen die Vorlage schon auf 10 bis 15 Stimmen herunterbringen. Aber weiter sind weder die Antifemiten allesammt sichere Gegner der Vorlage, noch sieht es irgendwie fest, daß wirklich 16 Nationalliberale gegen dieselbe stimmen werden. Und wer wagt es dafür, daß 80 Centrumsstimmen gegen die Vorlage abgegeben werden? Nach gewissen Mittheilungen sollen bestimmt 28 — 30 Centrumsabgeordnete dem Herrn Stadler zu folgen bereit sein. Ist das in der That der Fall, dann darf man als sicher betrachten, daß die Tabaksteuer mit einer Majorität von 10 bis 15 Stimmen im Reichstage zur Annahme gelangt. Die Gefahr ist also unendlich viel größer, als wie die Herrn vom Centrum zugeben wollen und es heißt für die Wähler, in ihrem e ergründeten Widerstand gegen dieses unheilvolle Steuerproject nicht einen Augenblick zu erlahmen.

Das Centrum ist in großer Verlegenheit. Es sucht seinen Unfall so lange wie möglich zu verbergen. So fabulirt die „Köln. Volkszeitung“: „Die Tabaksteuervorlage wird uns aus parlamentarischen Kreisen als rasch wie vor ausichtslos bezeichnet; insbesondere wird uns verüßert, daß die dem bayerischen Abg. Dr. Schäfer folgende kleine süddeutsche Gruppe des Centrums keineswegs entscheidend in's Gewicht fällt. Auch der größte Theil der bayerischen Centrumsmitglieder verhalte sich ablehnend.“ — Das ist offenbar Schwindel, um die nord- und mitteldeutschen Centrumsmitglieder zu beschwichtigen. Von süddeutschen Centrumsleuten liegt irgend ein Zeichen dafür, daß man sich wirklich ablehnend verhält, garmicht vor.

Der Prediger christlicher Menschenliebe, Herr Jeschke, der sich bekanntlich in Eschwege-Schmalzden um ein Mandat zum Reichstage beworben, steht bei den Conservativen in hohem Ansehen zu stehen. Herr von Mantuffel, der „hohe Ober“ der conservativen Partei, schreibt dem Dr. Peters folgende herabwürdigende Worte über Herrn Jeschke: „Ich höre, der Jeschke treibt mit meiner Unterstützung herum da liegt er, ich unterstütze ihn nicht.“ Das läßt tief klagen.

Die kluge Regierung von Sachsen-Weimar hat sich mit ihrer ungelegenen Handhabung des Wahlgesetzes zum Reichstage vordemerkbar stark gemacht. Hat soll sie auch noch im eigenen Landtage sich verantworten. Man meldet aus Eisenach: Das geschwätzige Verhalten der Regierung von Weimar-Eisenach anläßlich der Wahl im Eisenacher Wahlkreis hat General-Sandert zu einer Interpellation bei der verweigerte Antwort einer Wählerliste, die das Gesetz verlang, im Landtage des Herzogthums veranlaßt.

Das Resultat der Wahl in Süd-Ostpre-

Stolberg 12000, Dau (Freis.) 3800, Ehardt (Soc.) 1500 Stimmen. Am 15. Mai 1893 erhielt der conservative Candidat 9025 und der nationalliberale 2992, beide zusammen demnach 12017 Stimmen, die den 12000 auf den Grajen Stollberg gefallenen entsprechen, der freisinnige Candidat erhielt 4730 Stimmen, so daß die freisinnige Partei wieder einen gewaltigen Schritt nach rückwärts zu verzeichnen hat, während die Socialdemokratie gegenüber den 630 Stimmen bei der Hauptwahl eine starke Verdoppelung ihrer Stärke zu verzeichnen hat. Dies und die lächerlich kleine Zahl von 98 Stimmen, die der Bund der Landwirthe mangels officieller Unterstützung erzielen, bilden das Charakteristikum dieser hochinteressanten Nachwahl in dem östlichen Wahlkreise des deutschen Reiches.

Die „Butter“ des armen Manes. Die Margarinfage ist im Reichstage auf's Neue zur Entscheidung gestellt. Aus vielen landwirtschaftlichen Kreisen sind Petitionen an den Reichstag gelangt, welche nach einem vorgeschriebenen Formular nicht weniger als vier Forderungen stellen: 1. daß für Margarine eine besondere Farbe — blau, grün oder braun — vorgeschrieben wird; 2. daß bei ihrer Herstellung weder Rahm noch Milch verwendet werden darf; 3. daß Margarine nur in besondere Geschäften, welche nicht als diese Waaren führen, verkauft werden darf; 4. daß auf Margarine eine besondere Inlandssteuer gelegt wird. Gegen solche gesetzliche Bestimmungen, welche einem völligen Verbot der Herstellung und des Verkaufs von Margarine gleichkommen würden, sind ebenfalls zahlreiche Petitionen eingelaufen. Hervorzuheben ist darunter eine Petition aus dem Coniumentenkreise einer einzigen deutschen Margarinefabrik, der großen Margarinefabrik A. L. Mohr in Altona-Bahrenfeld; diese Petition trägt nicht weniger als 153,836 Unterschriften. Ebenso treffend wie bitter wird in einem Abjag dieser Eingabe bemerkt: „Wenn eine Inlandssteuer auf Margarine gelegt wird, so werden die Fabrikanten und Detailisten diese Steuer auf den Verkaufspreis aufslagen müssen, weil die große Concurrenz, die unter ihnen herrscht, sie auch dazu zwingt, ihre Preise so niedrig als möglich zu stellen, und daher diese Steuer von uns als Consumenten ganz allein getragen würde. Eine derartige Steuer würde so ungerecht als möglich sein, weil die bestehenden Steuern auf Nahrungsmittel doch von allen Klassen der Bevölkerung getragen werden, während eine neue Margarinesteuer nur von der ärmeren Bevölkerung getragen werden würde, da der wohlhabendere Theil der Bevölkerung keine Margarine, sondern Butter isst.“

Drohende Arbeiterentlassungen in Folge der Tabaksteuervorlage. Im Auftrage der Arbeiter von Lubbeck (Regierungsbezirk Minden) theilt ein Herr Gärtner den Zeitungen mit, daß dort und in den benachbarten Kreisen Minden, Hildesd., Bielefeld, sowie im Lipperlande den Arbeitern und Werkmännern der Cigarettenfabriken gekündigt worden sei mit der Maßgabe, daß sie ihre Arbeit verlassen müssen, sobald § 1 der Tabakfabriksteuer-Vorlage angenommen werde. Die Maßregel wird motivirt durch die Geschäftsflaute und die Ueberfüllung der Läger, die unter dem Eindruck der Steuervorlage schon herrschen und nach ihrer Annahme sich noch verstärken müssen. — Das Geipfe des

sich an den Arm ihrer Mutter und zieht sie, ohne ein Wort zu sprechen, nach Hause.

Jede Hoffnung ist nun für sie vernichtet. Sie war auch geradezu thöricht gewesen, hat sie denn noch ihre Mühen, und damit das Recht, zu lieben und geliebt zu werden? In bitteren Worten macht sich jetzt ihre Enttäuschung Luft.

Allmählig wurde sie schen und unzugänglich. Zimmer hatte sie Saunen, fränkische Saunen. So wollte sie einmal von weitem ihr altes Haus in der Kurilstraße wiedersehen, und da die Mutter es ihr abschlug, weil sie den Kummer um das Verlorene nicht mit der alten Gewalt wieder heraufbeschwören wollte, ließ sie sich von Korine begleiten und setzte sich im Park Monceau auf eine Bank, ihrem früheren Heim gegenüber. Während nun sie danach nach Hause. Das Wissen thäte ihr wohl, sagte sie. Frau Savonay wußte nicht, wie sie Germaine ihren iraden Bekannten entziehen konnte. Sandpatrien, Theater, Concerte, alles das hatte ihre Leiden noch vermehrt, weil sie, anstatt wie früher vornehm aufzutreten, jetzt genöthigt sind in Bergnügungsorten herum zu sein. Die Nachbarn halten sie gelächterlich von sich fern, und von ihren alten Bekannten sehen sie fast Niemand mehr.

Da war ein so unerwarteter Besuch wie der beiden Bekannten Damen eine Zerkürung für sie, zuerst mit fast dankbarer Freude aufzunehmen. Was für Komplimente gab es da zu hören! Bismarck fragen anzuhören!

Für die von aller Welt abgeschlossenen Frauen

war es gerade wie eine Küßler aus der Verbannung. Sie lebte dabei auf, wurden lebhaft und gezogen mit Entzücken den letzten Akt der Unterhaltung in guter Gesellschaft. Da ein heller Sommerstrahl fiel dieser Besuch in ihr edles Leben. Wenn dieser erste Eindruck nur von Dauer gewesen wäre! Leider verjäherte er nämlich sehr schnell.

Die Bekannten waren ja nichts weniger als hochhaft, dafür aber etwas unbeholfen. Es fehlte ihnen an geschäftlichem Feingefühl, und ohne es zu wissen, verlegten ihre Worte wie Kadelstiche diejenigen, welche sie anhören mußten. Mrs. Dehler, die es für nöthig gehalten hatte, eine blühende Toilette anzulegen, fragte Frau Savonay, ob sie nicht zum nächsten Songhampet mitkommen wolle, was natürlich tief sie dabei auf: „Ja, es ist ja wahr, ich vergaß!“ Mit klangender Stimme murmelte Mrs. Dehler den Salon.

„Es möglich es bei Ihnen anzufügen! Sie werden ja von Ihren Bekannten rein erdrückt! An ihrer Stelle würde ich die Hälfte verkaufen.“

Diese letzten Zeugen glücklicher Tage verkaufen! Frau Savonay zitterte bei dem Gedanken daran.

„Sie sehen meinen Hut an“, sagte Mrs. Dehler zu Germaine. „Ist er nicht hübsch? Und dabei grüßlich teuer! Hat richtig graue. Wollen Sie die Rechte der Modistin haben, damit Sie sich einen ähnlichen beschaffen können? A propos, man sieht ja Ihren Strumpf gar nicht, Raft! er eine eine Bergnügungsorte!“

Doch Mrs. Dehler hat im Damm noch eine große Neugierde zu verkaufen. Ihre Tochter wird sich

nämlich mit Alfred Verneud, dem Sohne des Banquiers, verheirathen.

„Aber Sie können ihnen ja nicht leiden!“ ruft Germaine unvorsichtig.

„Bah!“ erwiderte Mrs. Dehler, „man braucht seinen Gatten doch nicht anzubeten! Der Vater, wissen Sie, wird alles recht hübsch einrichten. Rathen Sie einmal, wo das junge Paar sein Nest bauen wird. So ein Zufall . . . In ihrem früheren Hause, verehrte Frau! Das ist doch reizend! Wenn Sie es einmal wieder sehen wollen, so werden meine Kinder die Ehre haben, Sie zu empfangen. . . Die Hochzeit findet in der Magdalena-Kirche statt. Sie werden doch auch dazu kommen, nicht wahr?“

Frau Savonay und Germaine mühen nun noch danken und Mutter und Tochter beglückwünschen. Aber diese Höflichkeit wird ihnen schwer. Wenigstens ist nach allem ihre Freude beim Abschied ebenso groß wie beim Eintritt des Besuchs. All die alten Wunden sind nun wieder aufgerissen, und lange fühlen sich die beiden Frauen noch ganz erschöpft. Als Andree am Abend kommt, bemerkt er es wohl und es beunruhigt ihn. Er fragt, was geschehen ist.

„D nichts“, antwortete Germaine. „Mrs. Dehler, Deine theure Freundin, verheirathet sich.“

„Der arme Junge!“ sagt Andree. „Kenne ich ihn vielleicht?“

„Es ist Dein theurer Freund Alfred.“ (Fortsetzung folgt)

Hungers und der Arbeitslosigkeit erhebt sich schon jetzt in Riesengröße. Wie soll es erst werden, wenn die verhängnisvolle Woklage thatsächlich Gesetz werden sollte!

Es geht immer weiter hinein in die Polizeiwirtschaft. Der preussische Minister des Innern hat in einer Verfügung an die Regierungspräsidenten darauf hingewiesen, daß dem Ausrufen und Feilbieten anstößiger Schriften auf öffentlichen Straßen und Plätzen in geeigneten Fällen durch eine strafrechtliche Verfolgung auf Grund der Bestimmung der §§ 42a, 53, 56 Ziffer 10 und 148 Ziffer 5 der Gewerbeordnung entgegengetreten werden kann.

Eine deutsche „Volksvertretung“. Fünfzigjährige Jahre beschlußunfähig ist jetzt, so wird der „Deutschen Tagesztg.“ geschrieben, der Landtag für das Fürstenthum Rastenburg, der alljährlich einmal um diese Zeit in dem benachbarten Schönberg zusammenberufen wird.

Sayerische Socialpolitik. Der Magistrat von München hat, wie man der „Frankf. Ztg.“ schreibt, nun ein städtisches Arbeitsamt geschaffen, aber es hängt in der Luft. Es wird nur für Tagelöhner und Diensthoten wirken.

Die Wahlbewegung in Italien entwickelt sich mit wachsender Lebhaftigkeit, wiewohl die Auflösung der Kammer von 1892 noch immer nicht ausgesprochen ist. Besonders rührig ist die Opposition in Oberitalien.

wahlen frühestens im November vornehmen zu lassen und bis dahin wider Recht und Gesetz, einfach gestützt auf königliche Rescripte, weiter zu „regieren“.

Aus der Schweiz. Das Berner „Intelligenzblatt“ kritisiert die vom Bundesrath lezthin neuerdings verfügte Ausweisung italienischer „Anarchisten.“ Das freisinnige Blatt betont, mit dem Namen „Anarchist“ werde gegenwärtig ein frevelhaftes Spiel in ganz Europa getrieben.

Das Volk des Kantons Schaffhausen hat mit 4453 gegen 1527 Stimmen beschlossen, fortan alle Gesetze dem Volke obligatorisch zur Annahme oder Verwerfung mittelst eines Referendums (Volksabstimmung) vorzulegen.

Ueber die Studenten-Unruhen an den russischen Universitäten Moskau und Petersburg — die man officiell als möglichst unbedeutend darzustellen sucht — geht der „N. Fr. Presse“ folgender Bericht zu: Die Unzufriedenheit der russischen Studenten, die unter der Regierung Alexander III. mit eiserner Faust niedergehalten wurde, brach unmittelbar nach der Thronbesteigung Nicolaus II. mit erneuter Kraft aus.

verbient. Wer kann die Tiefe seiner Güte und Gnade ermessen? Unter seiner Regierung hatte die Unschuld nicht zu leiden, und in den Gerichten herrschte nur die Wahrheit. Er war der Pflanzler von Ordnung und der Wissenschaften und Künste Beschützer!

Arbeiterbewegung.

An die Textilarbeiter und -Arbeiterinnen! Seit fünf Wochen sind die Weber in Aachen und Burtscheid in einer Lohnbewegung, weil die Fabrikanten eine Lohnherabsetzung durchzuführen versuchten.

Zuzug von Kornern ist fernzuhalten von Kottingsbrunn (Oesterreich): Gießerei Sange; Stipanau bei Bernstein: Graf Witrofski'sche Eisenhütte; Limbach in Sachsen; Büsch: Gießerei Koch; Geestmünde: tom Möhien u. Seehof.

Arbeitsunterdrückung. In der Bertram'schen Lederfabrik in Neumünster haben sieben Schreier die Arbeit niedergelegt, weil ihnen eine 25procentige Lohnreduction angelündigt wurde.

Die Verwaltung der Stuttgarter Gewerkschafts-Herberge veröffentlichte vor kurzem ihren Geschäftsbericht pro 1894. Vor zwei Jahren wurde das Unternehmen gegründet. Die Gewerkschaften nahmen einen Gasthof in Pacht und unterstellten den Betrieb der Leitung eines gegen festen Gehalt angestellten Verwalters.

Der erste deutsche Arbeiterkongress hat am 20. und 21. Februar in Berlin stattgefunden. Er war von der Ver-

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

46. Sitzung vom 26. Februar, 1 Uhr.

Die erste Beratung des Gesetzes über die anderweite Ordnung des Finanzwesens des Reichs wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Enneccerus (natl.). Der erste Zweck des Gesetzes ist, die zu einer unerträglichen Höhe gestiegenen Schwankungen in den Etats der Einzelstaaten auszugleichen. Die absolute Nothwendigkeit einer Neuordnung des Finanzwesens des Reichs ist gestern durch die Bundesbevollmächtigten für Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen und Bayern überzeugend nachgewiesen worden. Abg. Richter ist mit seiner gegentheiligen Behauptung im Unrecht. Das Gesetz ist weiter eine Stärkung der Finanzverwaltung gegenüber den anderen Ressorts und diese Stärkung liegt im Interesse des Reichs; denn heute gelinge es dem Finanzminister nicht immer, die anderen Ressorts in ihre Schranken zu weisen. Die constitutionellen Bedenken des Abg. Richter gegen das Gesetz theilt Redner nicht. Dieser übertrifft den Werth der Bewilligung der Matrikularbeiträge. Diese Bewilligung sei doch nichts als ein einfaches Subtractionsexempel. Mit dem Ausdruck „Automat“ lasse sich treffend das jetzige Verhältniß bezeichnen. Redner hofft, daß das Centrum sich mit den Nationalliberalen diesem Gesetz gegenüber auf den gleichen Boden stellen werde. Es ist richtig, wenn behauptet werde, der Reichstag gehe sich durch das Gesetz die gewöhnliche Marschroute. Die Bundesrath und Reichstag ein etwaiges Deficit decken wollten, liege vollständig in ihrer Hand; es sei nicht richtig, daß es nunmehr nur durch indirecte Steuern gedeckt werden dürfe. Im Gesetze sei nur die Facultät nicht der Zwang ausgesprochen. Zu den bisherigen Möglichkeiten hierfür trete nur als neue die temporäre Erhöhung der Verbrauchsabgaben — Die Nationalliberalen seien von der Nothwendigkeit dieser Vorlage so fest überzeugt, daß sie ihr Schicksal nicht mit dem der Tabakneuvorlage zusammengepöppelt sehen möchten. Redner geht nochmals auf die Tabaksteuer ein und verteidigt sie gegen die gestrigen Bemerkungen des Abg. Richter. Ihre Folgen würden entschieden übertrieben. Redner schließt mit der Bitte um Annahme der Vorlage.

Sächsischer Finanzminister v. Waldorff: Angesichts der Schwankungen zwischen Ueberweisungen und Matrikularbeiträgen ist es für die Einzelstaaten unmöglich, feste Etats aufzustellen. Darunter muß die ganze Finanzgebarung leiden. Das Königreich Sachsen sei mit seinen directen Steuern bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit gelangt; ihm würden durch die fortgesetzte Erhöhung der Matrikularbeiträge schwere Opfer aufgelegt. Redner bittet um Annahme der Vorlage.

Abg. Bebel (Soc.): Der Abg. Enneccerus ist mit besonderem Eifer für die finanzielle Erhaltung der Kleinrenten eingetreten. Das ist ein Ton, den man früher bei den Herren Nationalliberalen nicht vernahm. Wie in vielen anderen, so haben sie sich auch in dieser Beziehung geändert. (Zuruf bei den Nationalliberalen.) Die Existenz der Kleinrenten war Ihnen vor noch nicht langer Zeit sehr gleichgültig. Mir ist sie es noch. Das Reich hat durchaus keine Veranlassung, eine bestimmte Gesetzgebung einzuschlagen, damit einige gegenwärtig vor der Abwirthschaftung stehende Kleinrenten künstlich am Leben erhalten werden können. Die Kleinrenterei ist ein Anachronismus, sie kann gegenüber der Entwicklung auf allen übrigen Gebieten auf die Dauer doch nicht erhalten bleiben. Die Kleinrenten mögen leben, wie sie sich mit ihrer Erhaltung zurecht finden. Von Reichswegen dafür zu sorgen, liegt keine Veranlassung vor. Ich begreife ja, daß nach der Reihe fester Jahre, die man in den Kleinrenten in Folge unserer Steuererhebung aus den achtziger Jahren gehabt hat, jetzt wo die mageren Jahre gekommen sind, man anfängt, bedenklich zu werden. Aber den Vortheil hat diese Entwicklung doch gehabt: sie hat dazu beigetragen, daß eine ganze Reihe von Einzelrenten einmal untersucht haben, ob nicht an ihrem directen Steuertheil Veränderungen und Verbesserungen vorgenommen werden können: so haben Breußen, Baden, Hamburg und schließlich auch Bayern, ihr directes Steuerverhältniß zum Theil erheblich verbessert. Das Großcapital ist in keinem Staate so zu den Staatslasten herangezogen, wie es herangezogen werden muß. Der Abg. v. Frege hat gestern behauptet, daß eine weitere Anziehung der directen Steuern in den Einzelstaaten hauptsächlich eine Belastung des Mittelstandes bedeuten würde. Breußen ist gegenwärtig, soweit ich unterrichtet bin, der einzige Staat, der eine Vermögenssteuer eingeführt hat. In anderen Staaten hat man noch nicht daran gedacht. Hier ist ein Gebiet, wo die reichen Klassen der Gesellschaft noch sehr gut zu den directen Staatslasten mehr als bisher herangezogen werden können. Die Folge der Finanzreform wird sofort die sein, daß alle diese guten Ansätze als Stöcken kommen. Jede weitere Milderung des directen Steuertheils, so nöthig sie sein mag, wird dann unterbleiben. Wenn bisher schon die Einzelrenten nicht in der Lage waren, oder nicht die Energie besaßen gegenüber den dringlichsten Anforderungen, die von Seiten der Militär- und Marineverwaltung an das Reich gestellt wurden, entgegenzutreten, wo die Gefahr vorlag, daß sie gegebenenfalls aus den eigenen Staatsmitteln Zuschüsse in bedeutender Höhe hergeben müßten, wie wird dann ihr Widerstand erst aussehen, wenn künftig durch die Finanzreform jener Grund dazu wegfällt. Sie haben sich ja nicht mehr den Kopf zu zerbrechen, woher das Reich die Mittel nimmt. Denn sie haben dann nichts weiter an das Reich zu zahlen, als was sie aus den indirecten Steuern und Zöllen an Ueberschüssen bekommen. Die Folge wird sein, daß der Bundesrath noch viel leichter als bisher zu weiteren Mehrausgaben seine Zustimmung zu geben bereit ist. Und in welche Lage kommt der Reichstag, wenn er dem Gesetz zustimmt? Man redet hier von allerlei Ueberschüssen: Nun, vor der Hand sind solche Ueberschüsse, die in einen Reservefonds

fließen könnten, nicht da. Die Ueberschüsse müßten erst geschaffen werden durch Erhöhung der Reichseinnahmen. Daher auch die Tabaksteuervorlage. Vorläufig sind aber noch keine neue Steuern bewilligt. Wenn nun die Mehrausgaben für Kasernenbauten, große Exercierplätze, für neue Schiffe u. s. w. in den nächsten Jahren wieder steigen, dann sagen die Einzelstaaten: Uns geht das nichts an; was wir vom Reich bekommen, geben wir auch zurück. Für das Mehr zu sorgen, ist keine Sache, Reichstag! Jede Million, die künftig über die bestehenden Einnahmen des Reichs hinaus ausgegeben wird, muß der Reichstag, sobald er das Gesetz angenommen hat, unter allen Umständen in irgend einer Form bewilligen. Bisher waren gegebenenfalls die Einzelstaaten vorhanden, die auf Grund der Reichsverfassung ihrerseits dafür zu sorgen hatten, daß die Mittel für Mehrausgaben des Reichs aufgebracht wurden — einerlei wie. Dieser letztere Weg ist uns nicht allein constitutionell, sondern auch principiell lieber gewesen, weil die Mittel durchschnitlich betrachtet, auf gerechtere Weise aufgebracht wurden, als die, welche das Reich aufbrachte auf dem Wege indirecter Besteuerung. Nun sagt man freilich: Wir sind durch die Verfassung nicht gebunden, auch künftighin weitere Reichseinnahmen durch indirecte Besteuerung ausbringen zu müssen. Das ist aber nur eine Redensart. Bisher hat der Reichstag noch jeberzeit auf dem hartnäckigsten abgelehnt, in irgend einer Form den Weg der directen Besteuerung für das Reich zu beschreiten. Es ist ganz deutlich geworden, wohin die Majorität durch Annahme dieser Vorlage eigentlich gedrängt werden möchte. Wer dieser Vorlage zustimmt, kann keinen Augenblick im Zweifel sein, daß er sich damit die Hände bindet und sich eine bestimmte Marschroute giebt: die Marschroute zu neuen Steuerbewilligungen. Wir protestiren dagegen, daß die nothwendigen Ausgaben wieder durch indirecte Steuern gedeckt werden sollen. Der Abg. v. Frege hat sich gestern den Beweis für die Möglichkeit indirecter Steuern herzlich leicht gemacht; er stellte den falschen Satz auf, daß der Nationalwohlstand Frankreichs wesentlich durch das indirecte Steuersystem gefördert sei. Man sollte es kaum für möglich halten. Wahr ist, daß Frankreich bis heute seine ganzen enormen Steuereinnahmen fast ausschließlich durch indirecte Steuern aufgebracht hat. Es giebt keine Bourgeoisie in Europa, die in so schrankenloser Weise ihre Herrschaft auf Kosten der armen Klassen ausgeübt hat, wie die französische. Aber auch sie ist am Ende ihrer Herrschaft. Heute kann auch sie nicht mehr daran denken, neue indirecte Steuerquellen aufzumachen. Heute steht ihr in der Deputirtenkammer eine große socialistische Fraction gegenüber, die dem Lande klar macht, was das indirecte Steuersystem bedeutet. Ein starker Zug ist im französischen Volk vorhanden, der sich für eine progressive Einkommensteuer ausspricht. Die französische Bourgeoisie hat den Staat nicht nur ausgenutzt und bestraft, sie hat auch zugleich ihre kolossalen Vermögen von jeder Steuer möglichst befreit gehalten. Dies wäre möglicher Weise in Deutschland genau so gekommen, wenn nicht die socialdemokratische Partei rechtzeitig einem solchen Verfahren einen Riegel vorgehalten hätte. (Unruhe rechts.) Die Herren haben ja leicht reden. Was Herr v. Frege für seinen ganzen Hausstand zur Unterhaltung des Reichs alljährlich an indirecten Steuern bezahlt, kommt ihm als Großgrundbesitzer und Großcapitalist 500fach und 1000fach auf dem Wege der Getreide-, Vieh-, Holz-, Schieferzölle, durch Branntwein- und Zuckerpriämien wieder in die Tasche. (Zehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Herren haben den Vortheil von dieser Besteuerung, sie reden hier im Namen des Patriotismus und verlangen Opfer, die sie selber nichts kosten. Wie man gerade die Tabaksteuer vorschlagen kann, ist unerfindlich. Die armen Klassen werden durch diese Steuer in doppelter Hinsicht gepeinigt. Sie haben nicht nur den weitaus größten Theil der neu verlangten Millionen aufzubringen, es werden auch noch Zehntausende in einer Zeit der allgemeinen Arbeitslosigkeit aufs Pflaster geworfen. Und das will eine Reichstagsmehrheit thun, die vorgiebt, das allgemeine Wohl zu fördern, die das Christenthum zu vertreten sich anmaßt. Wir sind natürlich zu schwach, den Reichstag zu verhindern, der Regierung auf dem Wege der sogenannten Finanzreform zu folgen. Die Vorlage wird, sei es in der vorliegenden Form, sei es mit einigen Abänderungen, Gesetz werden. Ihre Consequenzen werden in sehr kurzer Zeit vor dem Reichstag erscheinen, d. h. man wird Mehrausgaben von ihm verlangen. Dann sollen Sie uns aber auf dem Rücken finden! Wir lehnen diese Vorlage ab. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Bayerischer Ministerialdirector v. Stengel: In Bayern werden die reichen Leute bei der Besteuerung durchaus nicht begünstigt. Gerade bei uns ist man seit Jahren bemüht, die Steuerlast möglichst auf leistungsfähige Schultern zu legen. Die bayerische Erbschaftsteuer ist der beste Beweis dafür: sie ist eine reine Vermögenssteuer. Redner erinnert weiter an andere Erhöhungen der dortigen directen Steuern, an die Capitalrentensteuer u. Wenn man übrigens in Bayern durch eine Steuerreform höhere Erträge erzielen wolle, werde man die schwächeren Schultern mehr belasten müssen. Es gehe nicht an, daß dann wie bisher 65 Procent oder nahezu zwei Drittel der directen Steuern von Personen aufgebracht würden, die nur mit einer directen Steuer von 60 Pf. bis 5 Mk. belastet seien.

Weimarer Bundesbevollmächtigter Dr. Heerwart erklärt, daß ohne Bewilligung der Tabaksteuer und ohne die Finanzreform die thüringischen Staaten mit einem Deficit wieder rechnen müßten.

Abg. v. Kardorff (Reichspartei) polemisiert gegen Bebel. Er bezeichnet es als unrichtig, daß seine Partei nur indirecte Steuern anstrebe. Im Verhältniß zu anderen Staaten habe Deutschland das indirecte Steuersystem erst schwach ausgebildet. Bebel habe auf die Entlassung von Tabakarbeitern hingewiesen. Die Socialdemokratie denke eben nur an die Industriearbeiter. Warum thun sie nichts für die deutsche Landwirtschaft, die Millionen Arbeiter beschäftige? Aber die Socialdemokratie behandle nun einmal die ländlichen Arbeiter als Paria. (Lachen bei den Social-

demokraten.) Redner hofft auf eine Verständigung mit dem Centrum in der Commission. (Beifall rechts.)

Schatzsecretär Graf Posadowsky führt gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Richter aus, daß zur Durchführung der Militärvorlage noch 32 Millionen fehlen, die durch die Tabaksteuer aufgebracht werden müßten. Die Finanzreform werde — das bemerkt Redner dem Abg. Bebel — die schwächeren Schultern, die Kleinrenten, entlasten und die stärkeren Schultern, das deutsche Reich belasten. Die Regierung halte also ihr Versprechen. Die Finanzreform gefährde nicht im Geringsten das constitutionelle Budgetrecht des Reichstages. Redner verteidigt, daß die Aufstellung des Finanzreformplanes zu neuen Ausgaben reizen und die Einzelstaaten veranlassen werde, sich immer mehr auf's Reich zu verlassen.

Abg. Richter (frei. Vgg.): Die bösen Folgen der Ueberweisungswirtschaft seien schon im Jahre 1879 von ihm und seinen Freunden vorausgesehen worden. Damals aber habe man nicht hören wollen. Nun sitze man in der Patzsch und ein Finanzautomat solle helfen.

Die Wichtigkeit der Vorlage sei übertrieben worden. Es sei bezeichnend, daß von 12 Rednern nur 2 für die Vorlage gesprochen hätten. Redner polemisiert gegen den Abg. Enneccerus und sucht nachzuweisen, daß seine (Redn.) Stellung zur Finanzreform die richtige Fortsetzung der alten nationalliberalen Finanzpolitik sei.

Abg. Hug (Centr.): Der badische Landtag habe sich für die Reichsfinanzreform ausgesprochen; die Gründe des Vorredners dagegen seien nicht stichhaltig. Bedenklich ersehe man nur der Umstand, daß das Reich der alleinige Empfänger der Ueberschüsse sein solle.

Abg. Richter (frei. Volksp.): Obwohl Herr Finanzminister Miquel im Hause anwesend war, hat er sich durchaus still gehalten; dafür haben die Finanzvertreter der Einzelstaaten gesprochen und gewissermaßen eine Proffenswirkung zu erzielen versucht. (Heiterkeit.) Die Einzelstaaten hätten die zweijährigen Budgetperioden längst aufgeben und zur einjährigen übergehen sollen. Damit hätten sie nur einen alten Schlenker aufgegeben. Redner hält seine gestrigen Ausführungen vollständig aufrecht; niemand habe sie widerlegt. Das Centrum habe näher die Matrikularbeiträge als unerlässliche Voraussetzung des föderativen Systems bezeichnet. Gestern habe sie der Abg. Lieber eine „rechnerische Formel“ genannt. Das sei ein bedauerlicher Umchwung. Stimme das Centrum dieser Vorlage zu, so könne es im Ernst nicht mehr von der Frankensteinischen Klausel sprechen. Die Vorlage sei nur die Brücke, vermittelt welcher die Tabaksteuer und anderen Steuern in Sicherheit gebracht werden sollten. (Beifall links.)

Abg. Dr. v. Frege (conf.) verteidigt seine gestrigen Ausführungen über das Steuersystem in Frankreich.

Abg. Dr. Enneccerus entgegnet auf die Angriffe, die Abg. Richter gegen ihn gerichtet habe und verteidigt die gegenwärtige finanzpolitische Haltung der nationalliberalen Partei.

Abg. Richter hält seine Ausführungen aufrecht. Die Diskussion wird geschlossen.

Nach einer Reihe unwesentlicher persönlicher Bemerkungen wird die Vorlage an die Tabaksteuer-Commission gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei und der Socialdemokraten überwiesen.

Es folgen Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Dr. Böttcher (natl.), die die Wahlprüfungs-Commission für gültig zu erklären beantragt, wird auf Antrag des Abg. Singer (Soc.) an die Commission zur nochmaligen Prüfung zurückgewiesen.

Die Wahlen der Abgeordneten Gusefeldt-Tablaken, von Elm, Lüders, Hilgendorf, Werner und Frank werden für gültig erklärt.

Die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahlen der Abgeordneten Stroh (Kassel), Graf von Carmer (1. Breslau), Holz (S. Marienwerder) wird auf Antrag der Wahlprüfungs-Commission ausgesetzt und der Reichskanzler um Erhebungen erucht.

Die Wahl des Abg. Dr. König (1. Kassel) beantragt die Commission für ungültig zu erklären. Nach einigen Bemerkungen des Abg. Dr. Förster (Am.) schließt sich das Haus einstimmig diesem Antrag an.

Die Beschlußfassung über die Wahl des Abg. Will (1. Köslin) wird auf Antrag des Abg. Richter mit Rücksicht auf die schwache Besetzung des Hauses und die vorgerückte Zeit vertagt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: Antrag Ruer (S. Pejun) betreffend die Aufhebung des Dictaturparagraphens in Elsaß-Lothringen; Antrag Hise über Maximalarbeitszeit für Arbeiterinnen; Antrag Hammerstein betr. Einwanderung ausländischer Juden.

Schluß 5 Uhr 15 Min.

Wie der Präsident mittheilt, wird am Donnerstag die Etatsberatung mit dem Marineetat beginnen, da der Postetat wegen einer Dienstreise des Staatssecretärs v. Stephan noch nicht in Angriff genommen werden kann.

Die schlesischen Weber in vergangenen Jahrhunderten.

(Fortsetzung.)

Wir finden also, daß als Weber thätig sind: die unterthänigen Bauern, die, selbst hefselnd, das Weben als Nebenbeschäftigung von immer steigender Bedeutung treiben und der Gutsherrschaft neben ihren bisherigen, vielleicht zu Geld gesetzten Hofrenten neue Abgaben von ihrer gewerblichen Thätigkeit entrichten; ferner freie Arbeiter, deren Abhängigkeit sich äußert in dem von ihnen an die Gutsherrschaft zu entrichtenden

„Weberzins“, wozu in manchen Fällen auch das „Weberfußgelo“ kam.

Vorher jedoch noch Einiges über die Organisation der Spinnarbeit. Diese war bis in unser Jahrhundert hinein fast ausschließlich Nebenbeschäftigung der Gutshörigen geblieben. Frauen und Kinder wurden dazu verwendet; später, als Friedrich II. bei seinem Bestreben, die Industrie des Landes zu fördern, vor allem die Zahl der Arbeiter vermehren wollte, wurden auch Erwachsene, Maurer, Zimmerer, Soldaten zc. zum Spinnen zwangsweise angehalten. Friedrich II. verordnete auch die Einführung des Spinnunterrichtes für die Kinder; „alle in der Wirtschaft entbehrlichen Kinder sollen jederzeit, wo keine Schule ist, in der Spinnstube spinnen. Besonders aber soll im Winter Abends von 6 bis 9 gesponnen werden“; „kein Knecht unter 30 Jahren darf heirathen, ohne das Spinnen erlernt zu haben“; „dasselbe setzt man von allen Dorfknaben und Mädchen voraus, und jede Bauerstochter soll vor ihrer Verheirathung ein Spinnrad besitzen“. Der große Menschenfreund Friedrich scheint überhaupt von dem glänzenden Einfluß, den die Verwendung junger Kinder auf die Industrie hat, eine ganz besonders hohe Meinung gehabt zu haben, darum bot er wohl auch zur Hebung des Gewerbetriebs schlesischen Kaufleuten die Sendung von tausend Kindern im Alter von 10 bis 12 Jahren an.

Das Seppinnst (Garn) bildete einen wichtigen Exportartikel, wurde aber auch im Lande verwendet. Das Garn wurde den Bauern von Garnhändlern, meist durch Vermittlung einer Reihe von Zwischenpersonen, abgekauft, in welchem Falle die Gutsherrschaft sich mit der Abgabe vom Seppinnst begnügte. Gewöhnlich aber kaufte sie selbst das Garn, das heißt, sie nahm es den Bauern zu lächerlichem Preise weg; deshalb findet man die Herrschaften als die größten Garnhändler.

An wen wurde aber das Seppinnst im Lande selbst verkauft? Das Weben des Garnes zu industriellen Zwecken war bis Ende des sechzehnten Jahrhunderts sehr gering und kam nur in den Städten als zumthätig betriebenes Gewerbe vor; erst 1690 schloß die Ritterschaft des Ob- und Nieder-Schlesien mit den Städten einen Vergleich, wonach die Leinwandweber, weil sich Bauern und viele arme Leute, wenn sie mit der Ackerarbeit nicht zu thun haben, hiervon ernähren müssen, jedoch nur dann, wenn sie keine Wolle mit anzuwenden, in größeren und kleineren Dörfern zugelassen werden“. Erst mit dieser Zeit gewinnt die schlesische Webindustrie größere Bedeutung und arbeitet für den Export; wie denn überhaupt diese neue Phase durch die vermehrte Nachfrage von Seite Hollands und Spaniens hervorgerufen worden zu sein scheint. Natürlich war dieses Zugehörigkeitsverhältnis der Städte — das im übrigen Schlesien sogar erst nach dem dreißigjährigen Kriege erfolgt sein soll — von den Ritterschaften keineswegs aus zarter Rücksichtnahme auf ihre Bauern verlangt worden. Vielmehr zogen sie — da ja, wie bereits erwähnt, auch die gewerbliche Thätigkeit ihren unterthänigen Charakter beibehielt — aus jeder gesteigerten Erwerbsfähigkeit ihrer Unterthanen nur neue Abgaben und neuen Gewinn und fanden so auch gesicherten Absatz für ihre Garne. Dies blieb der Zustand der Dinge bis 1807, in welchem Jahre die Aufhebung der Unterthänigkeit und der Frohdienste erfolgte; bestehen blieb aber die Abführung des „Weberzinses“ an die Gutsherrschaft und wurde auch nach 1810, nach Einführung der Gewerbeordnung, aufrechterhalten, obwohl dem Mann, Fortlauf und Erneuerung des Vergleiches widersprechend. Es war dies eben einer der vielen Fälle, in welchen die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung dem Ansinnen der benachteiligten Privilegierten nachgab, wider bessere Erkenntnis nachgab. Die Lage war also die: „Der Rittersgutsbesitzer war der alleinige Inhaber von Gewerbeberechtigungen. Nur von ihm konnte die Befugnis, ein Gewerbe zu betreiben, empfangen werden; ihm mußte sie abgekauft werden. Eigentümliche Ueberlassungen gegen ein beschränktes erschießendes Kaufgeld aber waren theils wegen Mangel an Vermögen nicht ausführbar, theils stand ihnen auch die Gutsherrschaft der Unterthanen entgegen, welche die Uebertragung eines freien Eigentums nicht gestattete.“ Dies dauerte bis 1850.

Was aber unter all dem Wechsel der Verhältnisse, Unterthänigkeit oder persönliche Freiheit, Schutz oder Freihandel, Bevormundung oder liberale Wirtschaftspolitik, unverändert blieb, war das Elend des Arbeiters. Auf ihm lastete die Last der verschiedenen, an Gutsherrschaft und Staat zu entrichtenden Abgaben; ihm brühte seine Existenz gegenüber dem wuchernden Garnhändler nicht minder wie gegenüber dem ihm sein Seppinnst abkaufenden Unternehmer (später vielfach Verleger); er war an die Schule gebunden, alle der Wohlthätigkeit beruht, sich

nach besseren Absatzverhältnissen umzusehen; und die schlesischen Händler wußten auch zu erreichen, daß ihm der direkte Verkehr mit den Abnehmern des Auslandes nahezu unmöglich gemacht wurde. Er mußte nothgedrungen mit längst veralteten Instrumenten arbeiten; denn dem hörigen Arbeiter ging schließlich ein besonderes Interesse an technischen Fortschritten ab, und als er frei geworden, fehlte ihm das Geld, vielleicht auch die Intelligenz dazu. Daher blieb in Schlesien, obwohl das Spinnrad bereits 1533 erfunden worden war, bis zur Aufhebung der Unterthänigkeit die Handspindel in Verwendung; noch in den vierziger Jahren unseres Jahrhunderts ist derselbe Webstuhl wie im 16. und im 17. Jahrhundert in Gebrauch; und da die Arbeiter die 6 Thaler, welche der Ankauf eines neuen Webstuhls erfordert, nicht aufbringen, müssen sie für seine jährliche Miete 4 Thaler zahlen! Sie werden betrogen beim Garnkauf, sie werden betrogen beim Verkauf; der Unternehmer schlägt aber noch doppelten Profit aus ihnen: die Holländer nämlich, die den größten Theil der exportirten Waare übernehmen, zahlen sumeist in Colonialwaaren, die dann wieder mit entsprechendem Gewinn an die Arbeiter verkauft werden. Dann fehlt auch nicht der obliate Betrug mit dem Gelde selbst; das Goldagio bietet vorzügliche Handhabe dazu. Endlich die fortwährende Krisis in der Produktion selbst: kein Wunder, daß des Hungers und Jammers des Volkes kein Ende wird!

Schon Mitte des 17. Jahrhunderts heißt es, daß Weber und Spinner bei ihrer Arbeit kaum das liebe Brot erwerben. Und: der Weber verdiene eben genug, um von Brot und Wasser zu leben. Dies zu einer Zeit, monomale Verhältnisse in der Produktion herrschten. Der Staat aber besteuerte nichts dinstweniger diese Hungerleider. Die Verhältnisse dauern unverändert bis ins 18. Jahrhundert hinein; die Steuerbeamten erheben, aus leicht bearbeiteten Urjachen, ihre Stimme: die Händler brüchten den Weber „in fast erbarmungswürdiger Weise“. Antwort der beleidigten Kaufleute: Wir können doch nichts thun, wenn der Preis der schlesischen Leinwand in Hamburg, London, Amsterdam und Spanien immer mehr sinkt.

(Schluß folgt.)

Locales.

Breslau, den 27. Februar 1895.

* Die Resolution, welche in der großen Volksversammlung am 24. Februar zur Annahme gelangte, ist in unserem Blatt nicht ganz correct wiedergegeben. Dieselbe lautet: „Die heute von 2500 Personen besuchte Volksversammlung erklärt sich in der Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Entwicklung mit absoluter Nothwendigkeit zur Beseitigung des gesammten Handwerksbetriebs durch die Großindustrie führt, mit den lehrreichen Ausführungen des Genossen Hübner einverstanden und verpflichtet, mit größtem Eifer — besonders durch Verbreitung der socialdemokratischen Presse — ohne alle Rücksicht auf Umhüllungs- und dergleichen, der Ueberzeugung zum Siege zu verhelfen, daß aus dem unabwehrbaren Zusammenbruche der capitalistischen Wirtschaft nur im Socialismus Rettung zu suchen und zu finden ist.“

* Breslauer Conium-Verein. Die Direction des Conium-Vereins geht bekannt, daß Donnerstag, den 28. Februar, Abends 8 Uhr, die diesjährigen Wahlen der Abgeordneten zur General-Versammlung im Saale der Abgeordneten zur General-Versammlung (§ 4 des Statuts) in die Stadt Breslau in zehn Bezirken eingetheilt; in jedem derselben werden durch schriftlich zum Abgeordnete gewählt. Außerdem besitzen noch fünf Bezirke für die Wahlen der Deputirten. Bezirk 11 umfasst 18 Dörfer; Wahllokal: Billardzimmer im Schwarzen Bär in Pöseln. Anzahl der zu wählenden Abgeordneten: 1. Bezirk 12 umfasst 17 Dörfer. Wahllokal: J. Kienerts Restauration in Rosenthal. Anzahl der zu wählenden Abgeordneten: 1. Bezirk 13 umfasst 33 Dörfer. Wahllokal: Bildners Gasthaus in Handjelsch. Anzahl der zu wählenden Abgeordneten: 1. Bezirk 14 umfasst 15 Dörfer. Wahllokal: Dings Saal in Rietzdorf. Anzahl der zu wählenden Abgeordneten: 1. Bezirk 15 umfasst 15 Dörfer. Wahllokal: Götter für Krone in Grinrichen. Anzahl der zu wählenden Abgeordneten: 1. Es ist dies bezugsnehmend für den Umfang des Vereines.

Zur Ausübung des Wahlrechts sind diejenigen Mitglieder berechtigt, welche 1. dem Verein seit dem 1. Januar 1894 angehören; 2. am Schlusse des Jahres 1894 mindestens einen angelegentlichen Geschäftsanteil von 30 Mark besitzen und 3. außerdem im Januar dieses Jahres Gegenwärtigen zur Berechnung der Mitgliedschaft eingetragen haben.

Druckexemplare der Bezirksvertheilung mit Angabe der Wahllocale liegen für die Vereinsmitglieder in sämmtlichen Vereinslagern aus.

Die Legitimation zum Eintritt in die Bezirks-Wahlversammlungen erfolgt durch das Contobuch.

So ist denn wiederum alles fein berechnet und arrangirt. Nur vier Tage vor der Wahl wird die jedes Mal veränderte Wahlbezirksvertheilung bekannt gegeben, offenbar um ein Vorbereiten der Mitglieder zu dieser Wahl nach Möglichkeit zu verhindern. Das Ganze erscheint als eine Wahlmache schlimmster Art. Als Abgeordnete werden die von der Verwaltung vorgeschlagenen Jäger und Kopsnicker aufgestellt; Jeder, der etwa im Geruche der Socialdemokratie steht, sucht man als unbequemen Menschen unschädlich zu machen. Gerade darum ersuchen wir unsere Parteigenossen, welche Mitglieder des Vereins und so vermögend sind, 30 Mark Geschäftsanteil zu besitzen, sich an der Wahl der Abgeordneten zu betheiligen. O, welche Furcht hat man doch vor den Feinden jeder Oligarchenwirtschaft, den Socialdemokraten!

* Zur Zusammensetzung des Stadtparlaments. Das vor einigen Tagen erschienene Namensverzeichnis der gegenwärtigen Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung führt 101 Namen auf und giebt in den verschiedenen Rubriken über Stand, Wohnung u. s. w. der Stadtväter Auskunft. Aus der Beantwortung der Frage: „Ob angelesen?“, d. h. ob Grundbesitzer, geht hervor, daß von diesen 101 Stadtvätern nicht weniger wie 73 „angelesen“, also Hausbesitzer sind. Die Städteordnung räumt den Hausbesitzern bezüglich ihrer Vertretung in der Stadtverordneten-Versammlung besondere Privilegien ein. Nach einer Vorschrift derselben muß die Stadtverordneten-Versammlung zur Hälfte aus „Angesehenen“ bestehen, was für Breslau so viel bedeutet, daß von 101 Stadtverordneten mindestens 51 Hausbesitzer sein müssen. Die Herren haben nun aber, wie oben erwähnt, hier 73 Stadtverordneten inne; sie bilden demnach eine starke Mehrheit und sind damit in allen Fällen die ausschlaggebende Partei, von deren Stellung die Annahme oder Ablehnung einer Vorlage abhängt. Daß sich die Hausbesitzer Breslaus dieser ihrer Stärke im Stadtparlament voll und ganz bedienen und es verstehen, vor allem ihre Interessen zu vertreten, haben wir erst jüngst bei Besprechung der Finanzreform in der Stadt Breslau eingehend nachgewiesen. Die Thatsache, daß von den Hausbesitzern Breslaus, die im Verleiche zu der großen Masse der steuerzahlenden Einwohner Breslaus nur eine Handvoll Menschen ausmachen, 73 in der Stadtverordneten-Versammlung sitzen, beleuchtet unsere Stadtverordneten-Versammlung in ganz eigenthümlicher Weise. Was soll die große Masse der Steuerzahler, der man die Verleihung des städtischen Bürgerrechts beharrlich verweigert, von einer solchen Versammlung halten? Sie muß unbedingt immer mehr zu der Einsicht kommen, daß eine solche Versammlung nur die Vertretung der Interessen einer kleinen Minderheit bedeutet, und daß dagegen die große Mehrheit der Steuerzahler ihre Interessen in der Stadtverordneten-Versammlung nicht vertreten kann, also völlig rechtlos dasteht. Es ist wahrlich die höchste Zeit, daß diesem Zustande so schnell wie möglich ein Ende bereitet wird.

* Convertirung einer Anleihe. In seiner Sitzung am Montag, den 25. d. Mts., hat der Finanzausschuß der Stadtverordneten-Versammlung den Antrag des Magistrats, betreffend die Nachsuchung der königlichen Ermächtigung zur Convertirung der vierprocentigen städtischen Anleihe, angenommen.

* Eine Uebersicht über die Thätigkeit der Polizei stellt sich für die Jahre 1891, 1892 und 1893 wie folgt:

	1891	1892	1893
In Haft genommen wurden			
inhaftirt	15,260	18,208	16,871
Anzeigen gingen ein wegen:			
Widerstand gegen die Staatsgewalt	281	293	47
Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Ordnung	316	344	34
Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit	107	127	13
Verbrechen und Vergehen wider das Leben (einschließlich der Körperverletzung)	1,268	1,212	1,356
Verbrechen und Vergehen wider die persönliche Freiheit	182	185	26
Diebstähle und Unterschlagung	5,427	5,541	5,147
Betrug und Untreue	1,036	1,018	97
Anderer Verbrechen und Vergehen	1,237	1,490	1,527

* Auf dem Schlachtviehmarkt wurden im Januar 1895 aufgetrieben 1464 Ochsen, 1905 Rüh, 8585 Kälber, 7500 Schafe und 3351 Hammel. — Im städtischen Schlachthofe wurden geschlachtet 1121 Ochsen, 1022 Rüh, 2878 Kälber 6613 Schweine und 2559 Hammel. — Im gleichen Monat des Vorjahres wurden im städtischen Schlachthofe geschlachtet: 1297 Ochsen, 694 Rüh, 4280 Kälber, 2781 Schafe und 6388 Schweine.

* Ein Massenimport von sehr billigen Suppenlöffeln wird von französischen Firmen nach Deutschland bewirkt. Durch eine im kaiserlichen Gesundheitsamt vorgenommene Untersuchung ist festgestellt worden, daß die Verzinnung dieser Löffel nicht weniger als 38,85 pCt Blei enthält, während nach dem Reichsgesetze 1 Procent Blei der höchste zulässige Gehalt für Schlüssel ist. Das hiesige Polizeipräsidium warnt vor dem Ankauf betartiger gesundheitschädlicher französischer Löffel, deren Verkauf zu ganz außerordentlich niedrigen Preisen versucht wird und wird vorkommenden Falls gegen den Verkauf solcher Löffel energisch einschreiten.

* Stadt-Theater. Heute gelangt die Oper „Bajazzi“ zur Aufführung. Hierauf geht Conradin Kreuzers romantische Oper „Das Nachtlager von Granada“ in Scene. Donnerstags findet eine Wiederholung von Mozarts Oper „Don Juan“ statt.

Concordia-Theater. Mittwoch wird als Benefiz für Fräulein Marie Strauß das allbekannte und hochinteressante Schauspiel „Maria und Magdalena“ von Paul Lindau aufgeführt, das der Benefiziantin hoffentlich ein volles Haus bringen wird. Morgen, Donnerstag, findet eine Wiederholung des „Probepfeil“ von Oscar Blumenthal statt.

* Nahrungsjorgen haben einen Schneidermeister auf der Ursulinerstraße in den Tod getrieben. Er trank am 22. d. Mts. in seiner Wohnung Salzsäure und verschied nach wenigen Minuten. So machen Proletarier in der besten der Welten ihrem Leben ein Ende!

* Ein obdachloser Buchhalter stürzte am 25. d. Mts. auf der Kupferschmiedestraße zu Boden und zog sich eine stark blutende Kopfwunde zu. Er wurde im Allerheiligen-Hospital untergebracht, woselbst auch ein auf der Großen Dreilindengasse erkrankt aufgefundenes Mädchen Aufnahme fand.

* Diebstähle. Am 23. d. Mts. früh, wurden einer Milchhändlerin aus Dürrgog auf der Neuen Schweidnitzerstraße drei Kannen mit 30 Liter Milch gestohlen. Die eine Kanne trägt die Bezeichnung: „Freigut Gedeisdorf“. — Am 25. d. Mts., Vormittags, wurde auf dem Neumarkt einem Händler ein Korb mit 14 Pfund Butter gestohlen. Einer Milchhändlerin wurden am 25. d. Mts., Vormittags auf der Grünstraße 2 Kannen mit Milch gestohlen.

* Zur Ermittlung eines Zechprellers und Diebes. Am 19. d. Mts., Vormittags, ließ sich ein junger Mann in einer Restauration der Klosterstraße Speisen und Getränke vorsetzen und entfernte sich dann heimlich ohne Bezahlung. Hierauf ging er in einen benachbarten Stall und stahl dort ein Pferdegeschirr im Werthe von 20 Mark. Beim Verlassen des Stalles gefragt, wohin er mit dem Geschirr gehe, ergriff er die Flucht, warf das Geschirr in dem Grundstück Klosterstraße 122 weg und flüchtete durch eine Hintertür über das Eis der Ohle. Der Dieb war mittelgroß, unterseht, und mit grauer Mütze, grauem Halstuch, grauem Jaquet, ebenförmigem Beinkleid und Stiefeln bekleidet.

* Polizeiliche Nachrichten. In das Polizeigefängnis wurden am 25. d. Mts. 58 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurden: eine silberne Remontoiruhr Nr. 77423. — Abhanden kamen: eine goldene Damenuhr mit Kette, ein Portemonnaie mit 33 Mk., eine gelbe Pferdebede. — Gefunden wurden: ein Handkorb, eine Handtasche, ein Militärpaß, ein kleiner goldener Ohrring, eine Pferdebede.

Sprechsaal.

Diese Rubrik stellt die Redaction dem Publikum zur freien Verfügung, soweit der Raum des Blattes solches gestattet. Eine Verantwortung für den Inhalt des in dieser Rubrik veröffentlichten übernimmt die Redaction dem Publikum gegenüber nicht. Einigungen werden nur berücksichtigt, falls das Papier auf einer Seite befristet ist.

Aufruf!

Eine Anzahl Arbeiter, die vor Kurzem aus einer brandenburgischen Industriestadt nach Breslau übergesiedelt sind, und in ihrem früheren Wohnorte Arbeiter-Turnvereinen angehört, haben sich hier vergebens nach einer gleichen, so außerordentlich segensreich wirkenden Vereinigung umgesehen. Man sollte es kaum für möglich halten, — eine Stadt, die mit ihrer nächsten Umgebung mehr als 400,000 Bewohner aufzuweisen hat, welche tiefge und politisch weit vorgeschrittene Arbeitermassen vereinigt, welche in ganz Deutschland für einen der bedeutendsten Mittelpunkte proletarischer Frömmigkeit und Regsamkeit angesehen wird, besitzt noch nicht einen einzigen Arbeiter-Turnverein. Wir haben uns nun bemüht, die Gründe dieser auffallenden Erscheinung zu ermitteln und haben uns davon überzeugt, daß das Interesse an unserer guten Sache der freien Turnerschaft in den Kreisen des hiesigen Arbeiters sehr wohl vorhanden, beziehungsweise sehr leicht anzuregen ist, daß sogar schon eine gar nicht so unbedeutende Zahl von Arbeitern den bürgerlichen Turnvereinen Breslaus angehört und daß es bisher nur an der Anregung zu solcher Vereinsbildung gefehlt hat.

Der deutsche „Arbeiter-Turnerbund“ erstreckt sich bereits über ganz Deutschland und auf nahezu hundert Vereine mit mehr als 10,000 Mitgliedern, es ist also die höchste Zeit, daß auch Breslauer Arbeiter als würdige Glieder in die Reihen dieses großen Bundes eintreten. Zu diesem Zwecke fordern wir alle unsere, noch in jugendlichem, thatkräftigen, turnfreudigen Alter befindlichen Arbeitsgenossen auf, sich uns anzuschließen. Schon mehr als 20 Arbeiter, an die wir in privatem Verleire herantreten sind, haben sich sehr gern bereit erklärt, mit uns gemeinsame Sache zu machen, und auch eine größere Zahl von Arbeiter-Turngenossen, die jetzt in den bürgerlichen Turnvereinen Breslaus Mitglieder sind, gedenken zu dem zu gründenden Arbeiter-Turnverein überzutreten. Also, Genossen, erscheint recht zahlreich zu der Vorbereitungsversammlung, welche wir am nächsten Freitag, Abends 8 1/4 Uhr, in der Restauration von Föllkel, Nicolaistraße Nr. 38, abhalten werden.

Im Auftrage mehrerer Turngenossen
C. Harf,
Werderstraße 32, I.

Schlesien.

bg. Zur Nothlage unserer Landwirthschaft! Die „Volkswacht“ hat wiederholt darauf hingewiesen, daß der landwirthschaftliche Nothstand — der hauptsächlich durch die vermörderische Concurrenz des Großgrundbesitzes hervorgerufen ist — vornehmlich den kleinen Rittersgütern trifft und diesen vielfach vollständig zu Grunde richtet. Einer der vielen gegenwärtig zu Tage tretenden Beweise, wie sehr diese Behauptung wahr ist, liefert eine soeben eintreffende Nachricht aus Lauban, wonach das Rittergut Nieder-Schreibersdorf des Laubaner Kreises am 24. Februar im Zwangsversteigerungstermine für 12,240 Mark an die Sparkasse zu Löbau i. S. als erste Hypothekengläubigerin übergegangen ist. Die Obrlinger Viehmarktbank hatte zur zweiten Stelle 124,800 Mark stehen, welche demnach vollständig ausgefallen sind. Das gleiche Schicksal betraf die Bank im September v. J. mit 35 000 Mark, welche auf dem Rittergute Nieder-Wallersdorf verloren gingen.

Für diese zusammenbrechenden „ritterschaftlichen“ Existenzen schreien die Agrarier nach Staatshilfe, um Hilfe desjenigen Staats, der seine Klassen zum weitestgrößten Theil aus den Taschen des armen arbeitenden Volkes füllt. Und diese verkrachten Rittergutsbesitzer werden zu Grunde gerichtet am allermeisten von ihren großgrundbesitzenden Standesgenossen selbst, d. h. von denselben Leuten, die die Führer der über die landwirthschaftliche Noth schreienden Agrarier sind.

* Unsere oberschlesischen Steinkohlen-Barone reiben sich die Hände, nicht vor Frost, sondern vor Freude. Denn die Kälte der letzten Wochen, die so vielen Tausenden bittere Schmerzen verursacht, füllte ihren G.lobbeutel. Allein in der letzten Woche sind bei dem kolossalen Bedarf an Hausbrand die Bestände um 50 000 Centner vermindert worden. Die vereinigte Königs- und Laurahütte hat nach dem am 19ten dieses Monats in der Aufsichtsrathssitzung vorgelegten Bericht über die Monate Juli bis December 1894 einen Bruttogewinn von 1 793 000 Mark gegen 1 737 000 Mark in der gleichen Zeit des vorigen Jahres gemacht. Die Abgabmenge war geringer um 2000 Tonnen. Mit den ewigen Klagen der Walzeisenleute scheint es also doch nicht weit her zu sein. Hervorgehoben wird noch, daß der Abgab nach Rußland sich erheblich gesteigert hat. In der ersten Hälfte des Monats Februar sind von sämtlichen Stein- und Coaksanstalten Oberschlesiens 52 000 Wagen gegen 38 000 im Vorjahre bestellt worden; ferner täglich werden jetzt durchschnittlich 4300 Wagen bestellt gegen 3200 im Vorjahre.

* Zum Submissionsunwesen. Bei der Eisenbahn-Bauabtheilung Goldberg i. Schlef. stand die Lieferung von 1090 lauf. Meter Bordsteinen aus Sandstein für Bahnsteige zur Verdingung. Die billigsten Offerten kamen von P. Ende, Löwenberg, mit 2725 Mark, Weiße in Hodenau mit 2084 Mark und Brandt in Oldendorf mit 3139 Mark, während die übrigen Forderungen bis auf 5123 Mark stiegen. — Zwischen der billigsten und der theuersten Offerte besteht demnach eine Differenz von nicht weniger wie 3039 Mark. Unter solchen Umständen wird es erklärlich, daß gerade die Arbeiter in den Steinbrüchen Hungerlöhne verdienen.

* Der Verband schlesischer Textilarbeiter hielt am 19. d. Mts. eine Sitzung ab, in der man sich, abgesehen von anderen Dingen, auf den Antrag des früheren Abgeordneten Schöller für die allgemeine

Durchführung der Staffeltarife und gegen den vom Abgeordneten Camp angeregten Einfuhrzoll auf Flachsaussparch.

* Grottko, 26. Februar. In unserer Stadt wird man natürlich auch den 80. Geburtstag des Erlanzers nicht vorübergehen lassen, ohne ihm ganz besondere Ehrungen zu erweisen. Die städtischen Behörden werden dem „Heros des Jahrhunderts“, selbstverständlich auf Kosten der Steuerzahler, eine prächtige Glückwunschkarte widmen. Für die Arbeitslosen, die hier in großer Zahl am Hungertuche nagen, hatte man nur leere Versprechungen und Verheißungen.

* Freiburg, 26. Februar. Im Kleiderschrank einer hier dienenden Magd wurde, der „Bresl. Ztg.“ zufolge, am Sonnabend die Leiche eines neugeborenen Kindes in Sachen eingewickelt vorgefunden. Die Leiche muß nach ärztlichem Befunde etwa 14 Tage gelegen haben. Niemand hatte von der erfolgten Entbindung etwas gemerkt, da die Magd ihre Arbeit ununterbrochen gleichmäßig verrichtete. Ob vorläufige Tödtung obliegt, wird die angeordnete Section ergeben.

* Glogau, 26. Februar. Zwischen den Stadtverordneten, dem Magistrat und der niederschlesischen Presse herrscht ein heftiger Krieg, weil die Forderung des Magistrates, für die nächste Sedanfeier 1500 Mark, dreimal so viel als sonst, zu bewilligen, angenommen worden ist. Da steht man, wozu das Geld reicht; zur Unterstützung Nothleidender giebt es gewiß nichts.

* Langenbielau, 26. Febr. Wegen Beleidigung des Redacteurs des „Freiburger Boten“ wurde am 11. Jan. Genosse Feldmann vom Reichsbacher Schöffengericht zu 100 Mk. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurtheilt. Die gegen dies Urtheil eingelegte Berufung wurde am 22. Februar von der Schweißnieder Strafammer verworfen.

A. Blumenau, 26. Febr. Am 15. Januar stand, wie wir i. Z. berichteten, Genosse Pischel vor der Strafkammer in Waldenburg; er sollte in einer Volksversammlung in Rhnan den Amtsgerichtsrath Pirtsch und den ersten Staatsanwalt in Waldenburg beleidigt haben, indem er nicht erweislich wahre Thatsachen behauptete. Der Gerichtshof erkannte jedoch in der Sache auf Freisprechung. Wie uns jetzt mitgetheilt wird, ist seitens der Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urtheil Revision eingelegt worden.

* Habelschwerdt, 26. Febr. Die entsetzlichen Folgen der Arbeit in Zündholzfabriken, die bekanntlich in der Grafschaft Glatz häufig sind, zeigten sich bei einer jetzt von hier gemeldeten Operation einer Arbeiterin wegen Phosphornekrose; die ganze untere Kinnlade mußte abgenommen werden.

* Rüstau, 26. Februar. Pöblich taub geworden ist auf eigenhümliche Weise der Ausgebinger Auer in Hermsdorf. Derselbe war eines Abends, als strenge Kälte herrschte und der Wind pff, barhäuptig hinausgetreten, um die Fensterläden des Hauses zu schließen. Als er wieder ins Haus zurückkehrte und seine Wohnkubik betrat, gewahrte er, daß er seine Gehör verloren hatte.

* Zabrze, 25. Febr. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich, nach der „Ratow. Ztg.“ am 23. d. M. Nachmittags auf einer Eisenerzhalde der Donnermarkthütte. Die Arbeiter Johann Blonia und Jacob Schweda waren, ersterer mit dem Aufladen, letzterer mit dem Wegfahren von Eisenerzen für den Gichtofen beschäftigt. Plötzlich stürzte der obere Theil der Halde ein und verschüttete beide Arbeiter. Blonia wurde noch lebend, Schweda dagegen als Leiche hervorgezogen. Beide Verunglückte sind Familienväter.

Der Gummi-Schlachtprozess vor dem Reichsgericht.

Vor dem II. Strafsenat des Reichsgerichts kam Dienstag der Berliner Gummi-Schlachtprozess in der Revisionsinstanz zur Verhandlung.

Es handelt sich um den bekannten Proceß gegen acht Berliner Redacteurs, die das Eindringen der Berliner Polizei gegen die Arbeitslosen am 18. Januar 1894 in Artikeln ihrer Zeitungen kritisiert hatten. Die Verhandlung fand in erster Instanz vor der Berliner Strafkammer unter Leitung des Landgerichtsdirectors Brauwetter statt und endete mit der Verurtheilung: 1. des Redacteurs des „Socialdemokrat“, Max Zachau, zu zwei Monaten Gefängnis; 2. des Redacteurs des „Volkswacht“ für Lettow, Gustav Kessler, zu drei Monaten Gefängnis; 3. des Redacteurs der „Berliner Zeitung“, Franz Wifberger, zu drei Monaten Gefängnis; 4. des Redacteurs der „Berliner Tageblattes“, Sigismund Perl, zu 300 Mark Geldstrafe; 5. des Redacteurs des „Berliner Tageblattes“, Ernst Grüttesien, zu 500 Mark Geldstrafe; 6. des Redacteurs der „Nachtstrahlen“, Friedrich Parnisch, zu zwei Monaten Gefängnis; 7. des Redacteurs der „Jahrzeitung“, Wilhelm Schütte, zu 150 Mk. Geldstrafe; 8. des Redacteurs des „Vorwärts“, Robert Schmidt, zu fünf Monaten Gefängnis. Sämmtliche Verurtheilte haben die Revision eingelegt. Die Sache Schmidt wurde nicht verhandelt, weil gegen ihn als Reichstagsabgeordneten das Strafverfahren vorläufig eingestellt worden ist. Die Angeklagten Zachau und Kessler werden vor dem Reichsgericht durch den Rechtsanwalt Freudenthal-Berlin, der Angeklagte Wifberger durch den Rechtsanwalt Dr. Halle-Berlin vertreten. Der Angeklagte Grüttesien ist persönlich erschienen. Die Verlesung der incriminirten Artikel, des Urtheils und der Revisionsvorschriften dauerte beinahe zwei Stunden.

Nach längeren Ausführungen der Verteidiger und des Angeklagten Grüttesien begründet der Reichsanwalt die von ihm beantragte Abweisung der Revision. Der Gerichtshof setzte die Urtheilspublikation auf Freitag, den 1. März, Mittags 12 Uhr, fest.

Neueste Nachrichten.

— Berlin 26. Februar. Die „Berl. Corresp.“ erklärt die Nachricht, daß im Ministerium des Innern auf der Grundlage des früheren Entwurfs eine neue 100 Pfennige ausgearbeitet werde, für nicht zutreffend. — Die „Berliner Correspondenz“ des Herrn v. Köller sagt bekanntlich immer — nur die Wahrheit.

Der „S. B. G.“ will wissen, daß in nicht zu fernem Zukunft die Reichstags- und Reichsminister zu einer internationalen Silberconferenz eingeladen werden. Bis auf England würden die meisten Staaten der Einladung Folge leisten.

Die fast täglichen Sitzungen des Staatsministeriums beschäftigen sich, wie der „Samb. Corr.“ wissen will, mit Vorschlägen zur Hebung der Landwirtschaft, welche dem Staatsrath in Concurrenz mit dem Antrage Kanitz und als Ersatz für denselben vorgelegt werden dürften. Damit hänge auch die Verzögerung des Termins der Einberufung des Staatsrathes zusammen. — Die lieben Agrarier sollen also nur noch ein klein wenig Geduld haben, dann giebt's was Gutes. Das deutsche Volk kann sich auf nette Ueberwachungen gefaßt machen.

Zum Jüdischen Gesetz ist der Antrag Baasche im Reichstage eingebracht. Derselbe trägt die Unterschriften von Conservativen, Mitgliedern des Centrums, 40 National-liberalen, Polen und Antijemiten.

Der „Vof. Zeitung“ wird berichtet, es sei allgemein aufgefallen, daß der Kaiser den Minister des Innern v. Köller bei dem Fest des Provinziallandtags gänzlich übersehen und mit keiner Ansprache beehrte. — Sollte Herr von Köller schon jetzt in Ungnade gefallen sein? Unmöglich wäre es nicht und — schade am Ende auch nicht, wenn er wieder glüge.

Wie den Münchener „Neuesten Nachrichten“ aus

Berlin gemeldet wird, beabsichtigt der Czar, den Kaiser Wilhelm im Herbst in Berlin zu besuchen. Frühere Mittheilungen, daß der Czar im Laufe des Sommers zu einer Familien-Zusammenkunft nach Deutschland kommen werde, seien unrichtig.

Die „Italia del popolo“ erfährt von angeblich sicherer Quelle aus Berlin, daß die deutsche Reichsregierung Herrn Giolitti den freundschaftlichen Rath gegeben habe, sich jenseits der deutschen Reichsgrenze zu begeben. — Da hätte sich die Reichsregierung zum Schergen des Herrn Crispi gemacht? Wie sagt Ben Lissa?

Das bereits vor einiger Zeit verbreitete Gerücht, Graf Hoensbroech werde in den preussischen Staatsdienst treten, erhält sich. Von einer Seite, die in solchen Fragen gut unterrichtet zu sein pflegt, wird, wie die „N. Z.“ mittheilt, behauptet, Graf Hoensbroech werde nächsten Entsprechend seinem Studiengang und einem schon vor dem Rücktritt des Grafen Caprivi gestellten Gesuche in den diplomatischen Dienst übernommen werden. Die „Post“ hält diese Nachricht für wenig wahrscheinlich. — Aber doch nicht für unmöglich. Was wäre denn auch jetzt im deutschen Reiche unmöglich. Da würde sich aber das Centrum freuen.

Freiherr von Hammerstein wird sich der „Kreuzzeitung“ zufolge von der öffentlichen Thätigkeit und zunächst von der Chefredaction der „Kreuzzeitung“ zurückziehen. Es verlautet, daß er im Sommer die Leitung der „Kreuzzeitung“ nieder-

legen soll. Die Gründe liegen in den finanziellen Verhältnissen.

Eisenach, 26. Febr. Der Termin für die Reichstagswahl im hiesigen Kreise ist nunmehr auf den 4. April angelegt. Die Stichwahl, die unumgänglich sein wird, würde unter diesen Umständen in die Osterwoche fallen.

Kopenhagen, 26. Februar. Der neue russisch-dänische Handelscontract, ein Meistbegünstigungs-Vertrag, wodurch der alte Vertrag vom Jahre 1882 aufgehoben wird, wurde gestern unterzeichnet.

Corfanto, 26. Februar. Die Delegirten der Parteien erstatteten gestern Abend ihren respectiven Storting-Fractionen Bericht über die stattgehabten gemeinsamen Verhandlungen. In allen drei Fractionen wurde die Haltung der Delegirten gebilligt. Die Verhandlungen werden vorläufig als geschlossen angesehen.

London, 26. Februar. Große Sorge herrscht in mehreren Districten von Yorkshire, wo 550 Grubenarbeiter in Folge Zusammenstoßes der Fahrtröhle, wobei der Schacht stark beschädigt wurde, nicht herauskommen.

Konstantinopel, 26. Februar. Der Ex-Khebidive Ismael liegt im Sterben. Ueber den Wunsch, daß die Leiche einbalsamirt nachairo übergeführt werde, ist noch keine Entscheidung getroffen.

Stadt-Theater.
Mittwoch:
„Das Nachtlager von Granada.“
„Sajast.“
Donnerstag:
„Don Juan.“

Lobe Theater.
Mittwoch:
„Bernard's Ehecontract.“
(Un fil à la patte.)
Donnerstag:
„Bernard's Ehecontract.“

Victoria-Theater
(Stimmenauer-Garten.)
Täglich:
Specialitäten u. Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Eppmann's
Weltberühmtes Panoptikum
Ohlauerstraße 64.
Neu! Neu!
Eeben angekommen:
Das Colossal-Gemälde von dem
jünglichen Unglück beim Untergang
der „Titanic“ in von heute ab angeschlossen.
Ausserdem der einzig existierende Minia-
turmench Dobos Jangs.
Ausserdem in der Verbrüder-Gallerie
August Scheffler, Alois Taven u. a. m.
Eintritt 50 Pf.
Vereinbillets gültig. 3562
Nur noch kurze Zeit.

Gebr. Roesler's Brauerei.
Damen-Capelle
„Carmencita“
Dir.: W. Bahl
und Auftreten des
Gesangs- u. Character-Solisten
Walden.
Bis Sonntag's Entree 15 Pf.
Sonntag's „ 20 „
Kinder 10 Pf.
Jeden Sonntag: 3275
Frühstücken-Frei-Concert.

Vereins-Kalender.
Breslau.
Donnerstag, den 22. Februar:
Bereinigung der Maler
Kadixen, Anreicherer und ver-
wandten Berufsgenossen Abds
von 7-9 Uhr: Versammlung
im Vereinslocal bei Glich „des
Lobes“, Raumarkt — Zahlabend
— Aufnahme neuer Mitglieder —
Kollegen, welche nicht der Vereinigung
angehören, sind als Gäste willkommen
Gesang der in Breslau
heimatlicher Abends v. 8-10 Uhr
Rebungspunde im Vereinslocal
zum rothen Thoren, Kupferstraße
21.

Nach kurzem Leiden starb unser guter Freund und treues
Mitglied der Cassirer unseres Vereins Herr
Albert David.
Sein treuer und humaner Sinn sichern ihm bei uns ein
dauerndes Andenken.
Lotterie-Verein „Goldregen“
Beerdigung: Donnerstag, Nachmittag 4 Uhr nach Belvedere,
Trauerhaus: Schwetzerstrasse No. 9. 3566

Stablisement „Concordia“. Margarethenstr. 17.
Montag, den 4. März 1895:
Stiftungs-Fest
der Zahlstelle Breslau des Kranken-Unterstützungsbundes
der Schneider (G. S. Braunschweig) 3551
bestehend in Concert, Theater und Tanz.
Sur Aufführung gelangt: 1) Seltener. Schwanz in 1 Act. 2) Das Fest
der Handwerker. Pötte mit Gesang und Tanz in 1 Act.
Anfang 7 Uhr. Programme als Eintrittsgeld gültig. 30 Pf.
und im Stephanial, Kupferstraße 21, „rother Thoren“, und bei dem
Bereitsabgegangenen, G. Schelke, Gummerei 24, zu haben.
Das Fest-Comitee.

Thalia-Theater.
Dienstag, den 5. März:
Fünfte

Volks-Vorstellung.
„Die Räuber“
Trauerspiel von Friedrich v. Schiller.
Preise der Plätze: I. Rang 50 Pf., Parquet und Balcon 50 Pf.,
II. Rang 30 Pf., III. Rang 20 Pf., Gallerie 10 Pf.
Der Billet-Verkauf findet täglich bei A. Vogel, im Restaurant zum
„weissen Hause“, Schmiechstraße 51, F. Liepelt, Nikolausstr. 63,
A. Bergmann, Adalbertstr. 26 II., Skowronek, Vinzenzstr. 5 III
und bei C. Wey, an den Kasernen Th. II., und in der Expedition der
„Volkswacht“, statt.
Die Commission.

Das Bernhard Freund'sche
Concurswarenlager
wird täglich von Vormittag 9-12 Uhr und Nachmittag 3-6 Uhr
Carlstraße 26, im Hofe 1 Treppe
überdacht. Das Lager besteht aus:
Bleiderstoffen, Leinwand, Baumwollwaren, Tisch-
zeugen, Gardinen und Möbelstoffen.
Großes Lager
Büchereconfection, Arbeiter-Handel, Blumen und
Säulen
Für Händler aussergewöhnlich vertheilhaftes Parfüm.

Zu habe mein Bureau nach
Schweidnitzerstr. Nr. 31
Ecke Kleine Groshengasse
(Pfeifferhof)
verlegt. 3552
Breslau, den 24. Februar 1895
Dr. Epstein
Rechtsanwalt.

Atelier für künstl. Zähne,
Plomben, Zahnextract. etc
Reinhold Quiel,
Schubbrücke Nr. 14, I. Stg.
Specialität: 3320
Gebisse ohne Gaumenplatte.
Billigste Preisberechnung.
Musik-Instrumente.
Alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instru-
mente, Spielböden zum Drehen u. selbst-
spielend, Musik-Automaten fertigt
R. Cohn, Kupferstraße 17.

Zur Confirmation
schwarze
Cachemirs- u. Fantasiestoffe
z. 0,60, 0,75, 0,90, 1,00 - 1,50,
sowie fertige
kleider
in eleganter Ausführung
7, 8, 10, 12-15 Mk.
I feines Spitzengehänge als Geschenk.
Max Wagner,
Kupferstraße 7, Ecke Altbühnenstr.

Arac, Rum, Cognac
Ich importirt en gros und en détail:
f. Punsch u. Glühweinextracte,
Banana, Ananas-, Burgunder-,
Kaiser-Wein- u. Punsch,
f. Original- und Tafel-Liquore
Annaberger Klosterbitter,
3271 Sandarinen-Singer,
Benedictiner,
Chartreuse, Curacao etc.
„Rachod“
Ragen- und Cholera-Bitter,
welcher durch seine vorzüglichen Eigen-
schaften,
den Breslauer Kern mit Wein-
abgezogen, Johannisbeerwein
Krautbeerwein, Efig u. Rostich
empfehlte
Hermann Seidel.
BRESLAU, Ring 27.
Telephon No. 8.
Bekanntmachung: Im Ausverkauf im
Besitzer, im Comptoir im Hof



Agrarisches!
Wer reitet so spät durch Nacht und
Wind?
Es ist der Agrarier mit seinem Kind;
Er sagt: Ich gebe mein Wort Dir
drauf,
Die schlechten Zeiten, sie hören auf!
Wir haben uns tapfer gerücht und
gerührt,
Uns organisiert und petitionirt;
Uns winkt ein großer u. reicher Lohn —
Du sollst nicht länger mehr hungern,
mein Sohn!
Ich papple Dich auf hübsch rund
und voll —
Und auch Dein glänzendes Neuzer
soll

Ein Zeuge von Deinem Wohlstand
sein —
„Gold - Birrandstiege“ sieht
billig und fein:
20“ billiger wie überall
zu streng festen Preisen,
die deutlich in Zahlen bemerkbar sind.
Schlaftröcke
von einfachsten
bis zum hocheleganteiten mit Sammet
und Seide ausgefattet
von 8 Mark an.
Inventur-Preise
Confirmationen-Anzüge.

Bel.-Mantel	früher 45	jetzt 25
Winter-Paletots	36	21
Sohlenzell.-Mantel	50	30
Winter-Joppen	18	12
Koden-	14	6
Winter-Hosen	12	7
Gose u. Weite	14	8
Kaisermäntel	30	17
Herrn-Anzüge	27	14
elegante Anzüge	45	21
Schlaftröcke	27	13
Burichenanzüge	19	12
Frack-Anzüge	45	26
Salonanzüge	54	30
Brantanzüge	48	27
Lederhosen	6	3

„Goldene 74“
74, Ohlauerstraße 74, I. Et.
3 Mtr. blaue Chevrot
zu Anzügen für
nur **3 Mark 50 Pfg.**
Ladenpreis das Doppelte.
Frak's
werd. verlieh.

Handarbeit Herrenstiefel 7,50
Damenstiefel 6,50
Bruno Rosenthal, Schmiedebücke 57.